

06. Mai 2007

Einleitender Beitrag von Heinz Hillebrand auf der Gründungsversammlung (vorläufige Konstituierung) der *Sozialistischen Linken* in NRW

## **Politische Eingriffsmöglichkeiten der LINKEN in NRW**

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn am 16. Juni in Berlin die neue Partei DIE LINKE. gegründet wird, hat die deutsche Linke etwas auf die Beine gestellt, das man getrost als Quantensprung bezeichnen kann. Sie hat einen Pragmatismus bewiesen, der ihr bis zuletzt nicht zugetraut wurde. Dieser Pragmatismus besagt, dass die reale Chance, dieses Land zu verändern, wichtiger ist als unsere inhaltlichen Differenzen.

Am 16. Juni startet die neue linke Partei auch in Nordrhein-Westfalen. Ich bin gebeten worden, etwas zu den politischen Eingriffs-Möglichkeiten der LINKEN in NRW aus Sicht der SL zu sagen; also zu den Fragen: Wie ist die Ausgangssituation, was für ein Profil entwickeln wir, auf welche Schwerpunkte konzentrieren wir uns.

Bei der Entwicklung der Strategie des Landtagswahlkampfes der WASG haben wir damals konstatiert, dass es in NRW so etwas wie ein sozialdemokratisches Massen-bewusstsein gibt. Dies ist nicht unbedingt gegen den Kapitalismus gerichtet, aber sozial soll er schon sein und jeder soll vom Kuchen etwas abbekommen. Dieses Bewusstsein hat verschiedene Prägungen, es zeigt sich im Ruhrgebiets-Milieu, das seine Wurzeln, die aus der Arbeit kommen, noch nicht ganz abgelegt hat; es zeigt sich im Kölschen Jede Jeck ist anders wie im katholischen Vereinswesen im Hochstift Paderborn oder am Niederrhein, also auch unter CDU-Wählern. Die neoliberale Politik von CDU und SPD, in NRW unter Clement und Steinbrück kollidierte mit diesen Vorstellungen und führte zu einem Phänomen, das wir damals „Nicht mehr Wähler“ genannt haben, das heißt den Verlust von Stammwählern der SPD und auch der CDU. Einen Teil dieser Nicht Mehr Wähler hat die WASG und die LINKE bei den Bundestagswahlen erreichen können, aber es ist zu befürchten, dass aus Nicht mehr Wählern - Nie mehr Wähler werden, wenn es keine glaubwürdige Alternative gibt. Der Neoliberalismus hat es in NRW schwerer als in anderen Bundesländern, trotzdem schreiten mit dem Abbau sozialstaatlicher Strukturen auch hier die Verwüstungen gesellschaftlichen Bewusstseins voran.

Womit wir bei einer Voraussetzung politischen Engagements in NRW wären: Die neue Partei muss gesellschaftlich denken. Während Margret Thatcher formuliert: „Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen“, muss in der neuen Partei gesellschaftliches Denken vehement eingefordert werden. Dies verbietet einen eingeengten Blick nur auf das eigene Bundesland ebenso wie auf den Kirchturm der jeweiligen Kommune. Gesellschaftliches Denken heißt für eine linke Partei in der jetzigen Zeit, festzustellen, dass die neoliberale Hegemonie immer noch das Denken und Fühlen der Menschen beherrscht, dass sie aber Risse bekommen hat, weil sie mit der Lebenswirklichkeit der Menschen kollidiert. Gesellschaftliches Denken bedeutet, Strategien zu entwickeln, die neoliberale Hegemonie zu brechen. Dies ist weniger abstrakt, als es sich anhört. Ein Glaubenssatz der neoliberalen Theologie lautet: Verzicht sichert Arbeitsplätze, auch in der Variante zu hören: wenn ihr nicht billiger werdet, gehen wir nach Polen. Wir müssen dagegen halten, dass eine Erhöhung der Binnenkaufkraft dringend notwendig ist, um die Konjunktur anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb sind unsere Aktivitäten für einen Mindestlohn so wichtig, und sie haben ja bereits einiges bewegt. Deshalb sollten wir

mit allen Kräften die Nachschlagdebatte in den Betrieben unterstützen und deshalb ist auch die vier vor dem Komma beim Abschluss der IG Metall so wichtig. Weil wir vor allem eins brauchen - Erfolge -, um den Neoliberalismus in die Knie zu zwingen.

Ein weiterer Glaubenssatz lautet: Privat ist besser. Wer öfter mit der Bahn fährt oder nur mal die Dienste eines Postamtes in Anspruch nimmt (dort wartet man nicht nur länger, auch der Anfahrtsweg ist nicht ohne), weiß, das dies Humbug ist. Ganz anderer Auffassung ist die schwarz/gelbe Landesregierung. Sie stimmt nicht nur dem Börsengang, also der Privatisierung, des profitablen weißen Bereichs der Ruhrkohle AG zu, sie will die 100.000 Wohnungen der LEG verkaufen ebenso wie alle Universitätskliniken. 8 Landesbehörden (natürlich vor allem aus dem Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz) sind bereits aufgelöst worden, bis 2012 sollen die fünf Bezirksregierungen und zwei Landschaftsverbände zu drei Regionalpräsidien zusammengefasst werden. Was als schlanker Staat und Bürokratieabbau (die Regeln der Modellregion OWL wurden im März per Gesetz auf ganz NRW ausgeweitet) daher kommt, ist in Wahrheit Arbeitsplatzabbau und Privatisierung. Der Horrorkatalog fängt damit aber erst an. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen soll eingeschränkt werden und in der nächsten Woche will Wirtschaftsminister Linssen den Entwurf für ein neues Sparkassengesetz vorlegen, das eine Vorstufe zur Privatisierung darstellt.

Hier sind sie, die politischen Schwerpunkte und Eingriffsmöglichkeiten der LINKEN in NRW. Deshalb begrüßen wir es, dass die Landesvorstände von Linkspartei.PDS und WASG eine Antiprivatisierungs-Kampagne in NRW beschlossen haben. Dem neoliberalen - Privat ist besser - setzen wir gegenüber: Öffentlich ist besser - Öffentlich muss mehr gefördert werden!

Neoliberalismus äußert sich bekanntlich nicht nur in Privatisierung, sondern auch als Abbau demokratischer Rechte, durch Vorstellungen von Elitebildung u.v.a.. Gerade im Bildungsbereich, und hier vom Kleinkind bis zum Erwachsenen, ist das zerstörerische Wirken der Landesregierung besonders groß: Kita-Novellierungsgesetz, Auflösung der Grundschulbezirke, Prognoseunterricht, Studiengebühren, Mittelkürzung für die Volkshochschulen, für jeden ist etwas dabei.

Aber Politik der LINKEN in NRW findet nicht nur auf der Landesebene statt, sondern vor allem in den Kommunen, in den 23 kreisfreien Städten und den 31 Landkreisen mit wiederum 373 Städten und Gemeinden. Im Jahr 2009 sind die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Wer sich die Zahl der Städte und Gemeinden vor Augen führt, darunter sind allein 30 Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern, wird leicht ausrechnen können, wie viel Kandidatinnen und Kandidaten wir brauchen um einigermaßen flächendeckend kandidieren zu können. Dies bedeutet, dass wir jetzt überall auf KandidatInnensuche gehen müssen und die KandidatInnen auf ihre kommenden Aufgaben vorbereiten müssen. Wenn die Entwicklung unserer Partei so weiter geht, sind wir bis dahin auch im Westen ein ernstzunehmender politischer Faktor. Vor unseren Kommunalwahlen werden Landtagswahlen in Bremen, am kommenden Wochenende, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Bayern sowie Kommunalwahlen in vier westlichen Bundesländern stattgefunden haben. In Bremen und Hamburg sind unsere Chancen nicht schlecht, den Einzug zu schaffen, und auch in Hessen sind wir flächendeckend aufgestellt. Dies alles und die Tatsache, dass die Kommunalwahlen zeitgleich mit den Bundestagswahlen stattfinden, vergrößert unsere Chancen. Dies wissen natürlich auch unsere Kontrahenten. Wie man hört, findet auch schon das ein oder andere unterirdische Gespräch mit uns statt. Je näher die Wahl rückt, um so mehr könnten die Avancen an uns zunehmen. Und es kann uns passieren, dass wir die ähnliche Probleme wie östlich der Elbe bekommen. Auch deshalb müssen unsere KandidatInnen gut vorbereitet sein.

Relativierend muss zur Bedeutung der Kommunalwahlen gesagt werden, dass unsere Parlamentarierinnen in spe in Zeiten knapper Kassen nur etwas durchsetzen können, wenn gesellschaftlicher Druck, z.B. gegen eine Privatisierung, vorhanden ist und sich das politische Klima ändert, womit wir wieder beim Kampf gegen die neoliberale Hegemonie wären. Es ist durchaus ernst gemeint, wenn wir, vor allem die WASG, immer wieder betont haben, dass die alten und neuen sozialen Bewegungen gestärkt werden müssen. Politik in den Kommunen findet nicht nur in den Kommunalparlamenten statt, wir sollten alle Initiativen fördern, in denen Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Wir stellen als SL außerparlamentarische und parlamentarische Aktivitäten nicht gegeneinander. In unserem Grundsatzpapier formulieren wir hierzu: „Fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen können nach unserer Überzeugung heute nur in einem Wechselspiel politischparlamentarischer Kräfte und außerparlamentarischer sozialer Bewegungen durchgesetzt werden. Am wichtigsten sind dabei die Gewerkschaften.“

Durchsetzungsmöglichkeiten linker Politik haben elementar etwas mit dem Profil der neuen linken Partei zu tun, damit, wie diese Partei in der Bevölkerung wahrgenommen wird. Im Gegensatz zu Teilen der Linkspartei.PDS, vor allem aus Berlin und Sachsen, die aus der LINKEN eine Partei der städtischen Mittelschichten machen wollen, vertrete ich und wohl die Mehrheit der SL die Auffassung, dass die LINKE ein Profil als Partei der kleinen Leute entwickeln muss. ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, kleine Unternehmer und Handwerker, Intellektuelle aus der Generation Praktikum und Hartz IV EmpfängerInnen, müssen den Eindruck haben, dass wir ihre Interessen vertreten, dass wir ihre Nöte kennen und diese ernst nehmen. Wenn in Kneipen und auf Grillfesten, also dort, wo auch mal über Politik diskutiert wird, auch über uns geredet wird und die Leute sagen: Endlich sagt mal jemand, was in diesem Land los ist, dann wären wir schon einen ganzen Schritt weiter. Wobei Interessenvertretung der kleinen Leute nicht nur bedeutet, für Mindestlohn und gegen Zwangsumzüge aufzutreten, sondern auch zu sagen, wir wollen keine Tornados in Afghanistan, wir sind für die Gleichstellung der Geschlechter, wir sind für eine saubere Umwelt und gegen Demokratieabbau.

Von einem solchen Profil sind wir noch weit entfernt. Im Westen ist die Linkspartei.PDS noch zu sehr mit linker Milieupflege beschäftigt und im Osten gibt es viele, die einem Parlamentsausschuss mit der Welt verwechseln. Wir haben große Chancen, aber dazu bedarf es einer glaubwürdigen Partei, die mit der Lebenswelt der Menschen, die sie wählen, eng verbunden ist.

Politische Eingriffsmöglichkeiten linker Politik haben auch viel mit den Fähigkeiten des politischen Personals zu tun, die sie umsetzen soll. Wir sind als **Sozialistische Linke** auch in Auseinandersetzungen mit anderen Strömungen entstanden und haben um Positionen gekämpft. Deshalb soll hier aber noch einmal eins betont werden: Die SL versteht sich in erster Linie als eine Strömung, die politisch ausstrahlen will und mit ihren Inhalten innerhalb der neuen Partei überzeugen will. Wir wissen dass Strömungen in politischen Parteien und Jugendorganisationen oftmals als individuelle Karriere-Plattformen gesehen werden. Auch hier wollen wir uns von anderen unterscheiden. Uns geht es in erster Linie um Politik. Wir treten dafür ein, dass die neuen Vorstände die Pluralität der neuen Partei widerspiegeln sollen und dass die individuelle Qualifikation für ein Amt eine große Rolle spielen sollte. Dies hat etwas damit zutun, dass wir zwar unbescheiden sagen, dass wir sehr gute Vorschläge für die Entwicklung linker Politik haben aber gleichzeitig bescheiden sagen, dass auch die **Sozialistische Linke** nichts ist ohne die andere politischen Strömungen und die Mitglieder, die sich keiner Strömung anschließen wollen, und die mit uns zusammen die neue Partei bilden.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle nur für zwei Mitglieder der SL Werbung machen, die nach unserer Auffassung hervorragend in der Lage sind, linker Politik in NRW zum Erfolg

zu verhelfen.

Da ist zuerst unser Genosse Jürgen Klute zu nennen. Wir glauben, dass er ein sehr guter Landessprecher wäre. Für ihn spricht seine Bekanntheit im Revier, seine Integrität und die analytischen Fähigkeiten des linken Intellektuellen im Talar. Als Sozialpfarrer kennt die Sorgen und Nöte der Menschen aus den kirchlichen Arbeitsloseneinrichtungen, er hat einen guten Ruf in den Gewerkschaften. Seine Publikationliste zählt acht Veröffentlichungen seit 2001, sein letztes 2006 erschienenes Buch trägt den Titel: „Gute Arbeit erfordert ihren gerechten Lohn - Tarifverträge für die Kirchen“. Vor allem ist er ein Sympathieträger, der mit seiner Person Menschen und politische Kräfte erreichen kann, die uns sonst verschlossen blieben.

Wenn Jürgen vor allem nach außen wirken soll, braucht es einen Menschen, der sich vor allem der Organisation nach innen widmet. Hierfür schlagen wir unseren Genossen Günter Blocks vor. Als Verantwortlicher für Kommunikation der WASG kennt er die Organisation sehr gut. In weit über das Maß hinaus gehender harter Arbeit hat er die WASG in NRW mit aufgebaut und dabei seine Fähigkeiten als Organisator und Spezialist in Satzungsfragen unter Beweis gestellt. Er wäre ein guter ehrenamtlicher Geschäftsführer. Jürgen Klute und Günter Blocks ständen für eine Partei, die nach außen ausstrahlt und innen gut aufgestellt ist.

Zu den politischen Eingriffsmöglichkeiten in NRW gehörten auch die sechs Wochen bis zur Gründung der neuen Partei, auf die zum Schluss eingehen werde. Da wäre zum Ersten die Urabstimmung. Wir sollten alles tun, damit diese vor allem in der WASG ein Erfolg wird. Da ist zum Zweiten die Unterschriftensammlung für die LEG: Den Kolleginnen und Kollegen der Volksinitiative fehlen noch Unterschriften, vor allem in Duisburg, Recklinghausen und Köln, wo es viele LEG-Wohnungen gibt, fehlen Unterschriften. Im Interesse aller Privatisierungsgegner braucht die Initiative einen Erfolg. Zum Dritten ist da die Kampagne: Ich werde Gründungsmitglied. Auf den 1. Mai Demonstrationen sind nicht nur mehr TeilnehmerInnen als im vergangenen Jahr gezählt worden, es sind auch zahlreiche neue Mitglieder geworben worden, in Duisburg 15, in Köln sollen die Aufnahmeformulare bei 10 ausgegangen sein. Es wäre doch schön, wenn am 16.6. Hunderte bekunden würden: Ich werde Gründungsmitglied der neuen linken Partei.

Wir werden heute eine Landesgruppe der *Sozialistischen Linken* in NRW gründen: Auch in NRW werden wir dann noch konzentrierter arbeiten können: Realistisch, Radikal, Klassenorientiert und Konstruktiv den Aufbau der neuen linken Partei vorantreibend.

Heinz Hillebrand

<http://www.sozialistische-linke-nrw.de>